

Erlangen, 29. Mai 2019

## Stellungnahme zur Umsetzung der UN-Behinderten-Rechts-Konvention 10 Jahre UN-BRK: Lebenshilfe fordert klares Bekenntnis zur Inklusion

Ein klares Bekenntnis zu einer inklusiven Gesellschaft, ausreichende finanzielle Mittel und die gleichberechtigte Beteiligung von Menschen mit Behinderungen – das fordert der Lebenshilfe-Landesverband Bayern bei der weiteren Umsetzung der UN-Behinderten-Rechts-Konvention (UN-BRK), die seit 10 Jahren auch in Deutschland in Kraft ist. Ziel sei es, dass **Inklusion von Kindesbeinen** an selbstverständlich wird.

Dahin ist es aber noch ein weiter Weg, so der Verband in seiner Stellungnahme zur Umsetzung der UN-BRK anlässlich der **Anhörung im Sozialpolitischen Ausschuss** des Bayerischen Landtages am 6. Juni in München. In dem Papier nimmt die Lebenshilfe Bayern verschiedene Lebensbereiche wie Bildung, Arbeit, Wohnen und Freizeit sowohl aus fachlicher als auch aus Sicht von Menschen mit Behinderungen kritisch unter die Lupe. Ein erstes Fazit: Die bisherige Umsetzung der UN-BRK hat die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen in bestimmten Bereichen verbessert. So sind immer mehr öffentliche Gebäude oder Verkehrsmittel barrierefrei zugänglich. In Kitas und Schulen, beim Wohnen, im Arbeitsbereich oder auch beim Sport fehlt es aber meist weiterhin an ausreichend Personal und Geld, damit inklusive Angebote und ein selbstverständliches Miteinander möglich sind.

Unter dem Motto „**Miteinander – Wir gestalten Teilhabe**“ setzt sich der Lebenshilfe-Landesverband Bayern seit über 55 Jahren als Dachorganisation der bayerischen Lebenshilfen für die Anliegen und Interessen insbesondere von Menschen mit geistiger Behinderung und ihren Familien ein. Der Verband hat heute 160 rechtlich selbstständige Mitgliedsorganisationen, die gut 40.000 Menschen mit Behinderungen und deren Familien unterstützen, fördern und begleiten. Mit rund 900 Einrichtungen, Diensten und Beratungsstellen hat die Lebenshilfe in Bayern ein umfassendes Netz kompetenter Hilfe aufgebaut. Vorsitzende des Lebenshilfe-Landesverbandes ist seit 2001 Landtagspräsidentin a. D. **Barbara Stamm**. Die Lebenshilfe ist bundesweit aktiv als Eltern- und Selbsthilfe-Vereinigung, Fachverband und Trägerin von Einrichtungen der Behindertenhilfe. Sie ist konfessionell und parteipolitisch unabhängig.

Die Stellungnahme der Lebenshilfe Bayern zur Umsetzung der UN-BRK erhalten Sie mit gleicher Post. Bei der Anhörung im Sozialpolitischen Ausschuss des Landtages am 6. Juni wird die Lebenshilfe Bayern von Rechtsreferentin **Ursula Schulz** vertreten werden. Wir danken bereits vorab herzlich für Ihre Berichterstattung.

Mit freundlichen Grüßen

Anita Sajer  
Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit